



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

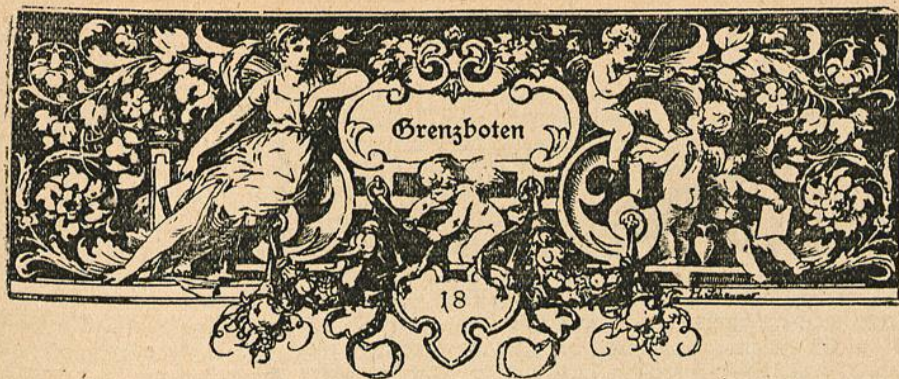
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Buchheim, Karl: Zwischen Rußland und Italien : Österreichisch-ungarische
Kriegszielpolitik

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Zwischen Rußland und Italien

Österreichisch-ungarische Kriegszielpolitik

Von Dr. Karl Buchheim

Der Untertitel dieses Aufsatzes nimmt das Thema der Abhandlung auf, die der Herausgeber dieser Zeitschrift in Nr. 6 laufenden Jahrgangs den auswärtigen und inneren Verhältnissen unseres nächsten Bundesgenossen gewidmet hat. Mit Recht ist dort darauf hingewiesen worden, daß die Aufgabe, Europas Kulturvormacht gegen Südosten zu sein, für Österreich-Ungarn keineswegs erledigt ist. Sie ist nach wie vor die Grundlage für das Daseinsrecht dieses Reiches. Deshalb ist es auch ein Irrtum, die polnischen Interessen Habsburgs gegenüber den Aufgaben, die ihm die Verhältnisse am Balkan und die südslawischen Fragen stellen, allzusehr in den Vordergrund zu rücken. Das Feld der Balkanfragen und südslawischen Probleme war es allein, das der Diplomatie Österreich-Ungarns ihre großen Ziele gab, und hier wurde die Lebensfrage an die Monarchie gestellt, um derentwillen sie schließlich das Schwert ziehen mußte. Ein historischer Rückblick auf die auswärtige Politik Österreich-Ungarns ist am besten geeignet zu zeigen, nach welcher Richtung dieser Krieg vor allem Bahnen freimachen muß, wenn das Ringen um die Existenz des Habsburgerreiches überhaupt von dauerndem Erfolge gekrönt sein soll. Es ist die Richtung nach Südosten.

Österreich-Ungarn empfindet den Gegensatz zu England nicht so zentral wie wir, in deren Augen der Weltkrieg immer mehr wie ein ungeheueres Duell zwischen den Angelsachsen und dem deutschen Volke erscheint. Dennoch ist Österreich-Ungarn keineswegs bloß als Bundesgenosse des Deutschen Reiches in den Gegensatz zu Großbritannien hineingezogen worden. Auf der Balkanhalbinsel waren auch die Engländer unter denen, die der Donaumonarchie die Lebenslust wegzunehmen drohten. England, das sich seit langem als erste Mittelmeermacht fühlt, betrachtet die ägäische Küste als ein Gebiet, wo sein Einfluß notwendig herrschen muß. Daher kamen seine Bemühungen um die Unterwerfung Griechenlands unter den Willen des Verbandes, und daher bemüht es sich bis jetzt, den makedonischen Kriegsschauplatz zu behaupten. Schon vor dem Kriege war England bestrebt, der Ausbreitung des österreichisch-ungarischen Einflusses auf der Balkanhalbinsel Steine in den Weg zu wälzen. Galt doch als mutmaßliches Ziel der österreichischen Wünsche für den Fall der Auflösung der Türkei bei allen Rivalen der Donaumonarchie die Beherrschung von Saloniki, des wichtigsten Hafens eben jener ägäischen Küste. In Wirklichkeit dachte die österreichisch-ungarische Politik der verantwortlichen Stellen nicht daran, so weit zu gehen. Aber gleichviel: ein englisch-österreichischer Gegensatz bestand in der Balkanpolitik und besteht bis auf den heutigen Tag. In den diplomatischen Kämpfen, die gerade um die Balkanfragen

vor dem Kriege so ausgiebig durchgefochten werden mußten, finden wir England seit langem unter den Gegnern Österreich-Ungarns, das also beim Friedensschluß auch eine Rechnung mit England zu begleichen hat. Indessen sind seine Hauptgegner zweifellos wo anders zu suchen. Seit dem Auscheiden Österreichs aus seinen alten innerdeutschen und inneritalienischen Beziehungen, also mit anderen Worten, seit die heutige Doppelmonarchie besteht, liegen die Hauptaufgaben ihrer Politik auf dem Felde zwischen Rußland und Italien. Die nach schweren diplomatischen und militärischen Kämpfen siegreich vollbrachte Abwehr eines russischen und eines italienischen Angriffes: das ist der Hauptinhalt der außenpolitischen Leistungen seit Jahrzehnten, auf den heute bereits die Monarchie zurückblicken kann.

Es ist ein besonderes, bei uns im Unwillen über die Unzuverlässigkeit und den Verrat des ehemaligen italienischen Verbündeten selten genügend gewürdigtes Verdienst der Dreibundpolitik, lange Zeit verhindert zu haben, daß der russische und der italienische Angriff gegen Österreich-Ungarn gleichzeitig und in einer gemeinsamen Aktion erfolgten. Erst seit dem Mai 1915 hat Italien an der Seite Rußlands den offenen Kampf aufgenommen. Der russische militärische Angriff aber kann indirekt schon seit 1912 als im Gange befindlich angesehen werden. Denn schon der Balkanbund dieses Jahres war unter russischer Inspiration ebensogut gegen Österreich-Ungarn wie gegen die Türkei gerichtet. Die beiden Balkankriege, die österreichisch-ungarischen Unternehmungen in Albanien gegen Montenegro und Serbien (1913) und schließlich der Angriff einer serbischen Mörderbande auf den Thronfolger Franz Ferdinand in Bosnien sind kriegerische Ereignisse, die mit denen des Weltkrieges völlig eine zusammenhängende Kette bilden. Der Kampf zwischen Österreich-Ungarn und Rußland, das sich seiner serbisch-montenegrinischen Vasallen als Sturmbock bediente, beginnt also schon seit 1912 allmählich auf das Feld offener Gewalt überzugehen, nachdem Rußland schon jahrelang vorher mit rein diplomatischen Mitteln den Angriff auf den Donaufstaat vorbereitet hatte. In diesem Zeitraume hat Rußland die Ziele seiner Expansion nach Westen aufgestellt, um die es nachher seit 1912 eine kriegerische Verwicklung nach der anderen vom Zaune gebrochen hat, und in diesem Zeitraume ist sich andererseits Österreich-Ungarn der tödlichen Gefahr bewußt geworden, die es schließlich mit den Waffen in der Hand überwunden hat. Die Auseinandersetzung mit Rußland ist seitdem das eigentliche Thema der österreichisch-ungarischen Politik, so wie die Auseinandersetzung mit England das Thema der deutschen Politik ist. Für das Habsburgerreich trat komplizierend aber noch die Möglichkeit einer zweiten Lebensgefahr hinzu, die von Italien aus drohen konnte. Der Versuch, diese Gefahr zu beschwichtigen, ist bis in den Weltkrieg selber hinein gemacht worden, bis auch nach dieser Seite hin die Entscheidung der Waffen angerufen werden mußte. Zwischen Rußland und Italien mußte die Politik Österreich-Ungarns hindurchsteuern, zwischen Rußland und Italien hat sich dann die Monarchie auch militärisch behaupten müssen.

Fast genau so lange, wie der Kampf noch mit rein diplomatischen Mitteln geführt wurde, war Graf Threnthal der Leiter der auswärtigen Politik Österreich-Ungarns. Diesem Manne kommt also neben den Heerführern und Staatsmännern der Kriegszeit selber ein Hauptteil an dem Verdienst zu, daß die Monarchie die doppelte Gefahr überwunden hat. Die Ministerzeit Threnthals, die von der diplomatischen Abwehr des russischen Angriffes ausgefüllt ist, fällt in die Jahre vom Oktober 1906 bis zum Februar 1912, wo Graf Threnthal, bis zuletzt im Dienste seines Kaisers, eines vorzeitigen Todes starb*). Threnthal kannte Rußland, denn er war vor seiner Berufung auf den Wiener Ballplatz

*) Diese Zeit hat eine zusammenfassende Darstellung gefunden in dem Werke von Berthold Molden „Moiß Graf Threnthal. Sechs Jahre äußere Politik Österreich-Ungarns“. Geheftet 6 M., gebunden 8 M. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1917. Der Verfasser ist sehr sachkundig und stand mit dem Grafen Threnthal in persönlichen Beziehungen. Das Material ist aus bester Quelle. Dieses neue Werk liegt der obigen Darstellung vielfach zugrunde.

Botschafter in St. Petersburg gewesen. Schon als im Mai 1906 der neue russische Minister des Auswärtigen Iswolski sein Amt antrat, war sich Ahrenthal darüber klar, daß nunmehr die russische Politik die Konsequenzen der Niederlage in Ostasien ziehen und statt im Gegensatz zu England jetzt im Einvernehmen mit diesem seinen Ausdehnungsdrang nach Westen richten werde.

Seit dem Berliner-Kongreß (1878) hatten zwar die Unruhen auf der Balkanhalbinsel, dem europäischen Wetterwinkel, niemals ganz aufgehört, aber zu großen Machtverschiebungen war es dort nicht mehr gekommen. Noch bestand die europäische Türkei in den damals festgesetzten Grenzen, und noch standen Bulgarien und das österreichisch-ungarische Okkupationsgebiet von Bosnien und der Herzegowina dem Namen nach unter der Oberhoheit des Sultans. Seit dem Jahre 1878 waren diese beiden Länder faktisch österreichisch. Wenn sie damals der Form nach noch unter türkischer Souveränität geblieben waren, so lag das in der Hauptsache an dem eignen Widerwillen der Monarchie, damals die Annexion zu vollziehen. Man hatte Bedenken gegen eine völlige Einverleibung wegen der schwierigen Frage, ob diese Länder unter die österreichische oder die ungarische Krone kommen sollten, und aus ähnlichen besonderen Gründen. Schon im Januar 1877 hatte Rußland einem völligen Anschluß Bosniens an Österreich-Ungarn zugestimmt, um sich sein Wohlwollen während des Türkenkrieges zu sichern, wenn man damals vorhatte. Österreich hatte sich mit der bloßen Okkupation begnügt; wenn es aber eines Tages zur völligen Annexion schreiten wollte, so konnte Rußland rechtlich nichts mehr einwenden. Nun war zu Ahrenthals Zeit Bosnien für eine Annexion dringend reif geworden. In dreißigjähriger Arbeit hatte die österreichisch-ungarische Verwaltung die beiden ehemals türkischen Provinzen aus tiefem wirtschaftlichem Verfall zu neuem Leben erweckt. Die Monarchie durfte sich um keinen Preis die Früchte dieser Arbeit entreißen oder ihren Genuß in Frage stellen lassen. Nun war aber im benachbarten Serbien seit der Thronbesteigung der Karageorgewitsch die großserbische Bewegung mächtig gewachsen. Ihre Propaganda griff mehr und mehr auf Bosnien über. Es war klar, daß die serbische Bevölkerung der beiden okkupierten Länder nur dann das Gefühl der Zugehörigkeit zu Österreich-Ungarn bei sich erhalten konnte, wenn die Angliederung an die Monarchie auch der äußeren Form nach vollkommen war. Ferner wurde es mit der Zeit notwendig, eine Verfassung und Volksvertretung für die mächtig fortgeschrittenen Provinzen in Aussicht zu nehmen. Das war unmöglich, solange die staatliche Zugehörigkeit nicht völlig einwandfrei war. Den unmittelbaren Anlaß, im Jahre 1908 die Annexion Bosniens bekannt zu geben, bot für den Grafen Ahrenthal die jungtürkische Revolution. Die Jungtürken waren nicht mehr die Leute, Hoheitstitel ihres Reiches mit auswärtigen Mächten zu teilen. Ihnen gegenüber war es notwendig, klare und endgültige Grenzen zu schaffen. Aus dem gleichen Anlaß fand sich damals die bulgarische Regierung bewogen, die Unabhängigkeit ihres Landes von der Türkei zu verkündigen. Dieses Manifest kam der österreichisch-ungarischen Annexionserklärung sogar noch um einen Tag zuvor. Man kann in diesem nicht auf Vereinbarung beruhenden Vorgehen der beiden Staaten schon eine Andeutung der späteren, im Weltkriege verwirklichten Interessengemeinschaft finden.

Graf Ahrenthal hatte sich bemüht, Rußlands wohlwollende Zustimmung zu der Annexion zu erlangen, da rechtlich die zarische Regierung nichts einwenden durfte. Er hatte diese Zustimmung auch erreicht bei einer Zusammenkunft mit dem russischen Minister Iswolski zu Buchlau in Mähren (16. September 1908). Aber Iswolski verleugnete diese Zustimmung gleich nachher wieder. Ahrenthal hatte ihm versprochen, er wolle für eine Abänderung des Dardanellenvertrags zugunsten Rußlands eintreten, so daß es russischen Kriegsschiffen künftig ermöglicht werden sollte, die türkischen Meerengen unter bestimmten wirksamen Bürgschaften für die Sicherheit Konstantinopels zu passieren, Der französische Verbündete Rußlands und England, das im Begriff stand, sein Ententegenosse zu werden, hielten es jedoch nicht für zweckmäßig, Rußland diesen Vorteil zu gönnen, weil

sie den dadurch zu jener Zeit noch möglichen Ausgleich Rußlands mit Österreich-Ungarn nicht wünschten. So mißglückte Iswolskis Versuch, eine Gegenleistung für seine Zustimmung zu der Annexion Bosniens heimzubringen, und er zog es vor, zu widerrufen, und den Ausfällen der panslawistischen Presse gegen die Donaumonarchie ruhig ihren Lauf zu lassen. Ebenso wenig Glüd hatte Ahrenthal mit einem Versuch, die wohlwollende Zustimmung der Türkei von vornherein zu erlangen. Dies wollte er erreichen, dadurch daß er ihr den Sandschak von Nowibasar, den damals türkischen Landstreifen zwischen Serbien und Montenegro, in dem Österreich-Ungarn seit 1878 das militärische Besetzungsrecht hatte, bedingungslos zurückgab. Er glaubte ihr damit eine gute Kompensation für den Verlust ihres nominellen Hoheitstitels über Bosnien zu geben. Aber die Türken waren weit entfernt, sich dabei zu beruhigen, und Österreich-Ungarn hätte besser getan, das Besetzungsrecht nicht preiszugeben. Es hätte nachher im Balkankriege recht wirksam von ihm Gebrauch machen können.

Am 7. Oktober 1908 wurde die Annexion Bosniens und der Herzegowina öffentlich bekannt gegeben. In Österreich wie in Ungarn fand dieser Schritt meist herzliche Zustimmung. Die Südslawen waren sogar begeistert, weil sie die Annexion, die die beiden Provinzen weder an die zisleithanische noch an die Stefanskronen angliederte, als einen Schritt auf dem Wege zum Föderalismus, zur Errichtung eines selbständigen Südslawenstaates innerhalb der Monarchie deuteten. Nur die Deutschradikalen, die eine Verstärkung des slawischen Einflusses fürchteten, und die Tschechischradikalen, die die Partei des Königreichs Serbien ergriffen, standen abseits. Bosnien selber blieb ganz ruhig, aber in Serbien gab es ungeheuren Lärm. Hier hatte man sich gewöhnt, Bosnien als eine Provinz des künftigen großserbischen Reiches zu betrachten und bildete sich ein, Österreich raube nationalen Boden, der von Rechts wegen zu Serbien gehöre. In London und Petersburg blickte man sehr unfreundlich drein, die Türkei vollends protestierte heftig, und die Jungtürken organisierten einen sehr wirksamen Boykott gegen österreichisch-ungarische Waren. Ahrenthal mußte sich endlich entschließen, den Türken 54 Millionen Kronen Entschädigung zu bewilligen und ihnen einen vorteilhaften Handelsvertrag in Aussicht zu stellen. Der bereits bewilligte Verzicht auf den Sandschak blieb außerdem bestehen. Als Gegenleistung zog die Pforte ihren Protest gegen die Annexion zurück (Vereinbarung vom 26. Februar 1909). Um so weniger Umstände wollte Ahrenthal mit Serbien machen, weil dieser Staat keinerlei Rechtstitel für seinen lärmenden Protest aufweisen konnte. Hinter Serbien stand aber Rußland, und wie sich herausstellte, auch England. Beide Mächte fühlten sich durch das Vorgehen Österreich-Ungarns in ihrem Balkanprogramm benachteiligt. Bei den russischen Panslawisten wurde überhaupt eine Niederlage der großserbischen Sache unmittelbar als Niederlage der russischen empfunden. Iswolski, der durchaus gegen Ahrenthal einen Erfolg davontragen wollte, dachte sich jetzt aus, die Annexionsfrage zusammen mit anderen Balkanproblemen und innertürkischen Angelegenheiten auf das Programm einer europäischen Konferenz zu setzen. Österreich-Ungarn sollte dort die Annexion erst mit weiteren Zugeständnissen, womöglich an die großserbischen Pläne, erkaufen. Der österreichisch-ungarische Botschafter in Petersburg, Graf Berchtold, antwortete, daß Ahrenthal gegen eine europäische Konferenz gewiß nichts einzuwenden hätte, daß aber die Annexionsfrage keinesfalls dort verhandelt werden dürfe. Der Plan scheiterte völlig, da die andern europäischen Mächte Iswolskis Forderungen nicht unterstützen wollten. Frankreich, das seine Augen damals auf Marokko gerichtet hielt, hatte keine Lust, sich für die Serben zu erwärmen, und England wollte sich denn doch für Gebietsverweiterungen Serbiens auf Kosten Österreich-Ungarns nicht ins Zeug legen. Im übrigen zeigte sich die feindliche Stimmung des größten Teils der britischen Diplomatie, an ihrer Spitze Grey, gegen das Habsburgerreich deutlich. Nur der Wiener Botschafter Cartwright, der zwar bei uns nicht im Geruche der Dreibundsfreundlichkeit stand, durchschaute klarer, daß in der Annexionsfrage keine Vorbeeren gegen Ahrenthal zu holen sein würden, und war für An-

erkenntnis des österreichischen Standpunkts. Dieser war derart, daß Serbien, wo man unter gewaltigem Lärm in Parlament und Presse inzwischen gegen Österreich mobilisiert und Banden ausgerüstet hatte, abrüsten und förmlich erklären müsse, daß es in seinen Rechten nicht gekränkt sei und künftig Ruhe zu halten verspreche. Die Abrüstung wollte Grey zugestehen, das Versprechen des Wohlverhaltens aber wollte er den Serben gern ersparen. Inzwischen hatte sich jedoch Tswolsti nach langem Sträuben veranlaßt gesehen, die Serben fallen zu lassen. Der Widerwille seiner französischen Bundesgenossen, die Serben zu unterstützen, und die Entschiedenheit der deutschen „Nibelungentreue“, die vollständig den österreichisch-ungarischen Standpunkt sich zu eigen machte, veranlaßten ihn dazu. Es ist dem ehrgeizigen Manne schwer genug geworden, seine Niederlage gegen Thrental anzuerkennen. Er benutzte ein Wort, das der deutsche Botschafter Graf Pourtalès in einer Petersburger Unterredung vom 24. März 1909 gebrauchte, um sich mit diesem vor den enttäuschten Panlawisten zu rechtfertigen. Pourtalès hatte gesagt, wenn Serbien nicht zurückweiche, so bedeute das den Krieg. Er meinte natürlich den Krieg zwischen Österreich-Ungarn und Serbien. Tswolsti aber tat den Panlawisten gegenüber so, als sei die Äußerung als Kriegsdrohung Deutschlands gegen Rußland gemeint. Ein Diplomat hat immer einen guten Trumpf in der Hand, wenn er sagen kann, er bringe dem Frieden Opfer; und da außerdem Rußland damals gar nicht gerüstet war, so durfte Tswolsti nunmehr nachgeben. Die russischen Panlawisten aber mußten den Eindruck gewinnen, daß England seine Vorbehalte für Serbien nicht weiter aufrecht erhalten. Am 31. März mußte die serbische Regierung wutnirschend die von Thrental geforderte Erklärung in Wien abgeben lassen, in der sie zugab, durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina in ihren Rechten nicht verletzt worden zu sein, und sich verpflichtete, ihre Kriegsvorbereitungen rückgängig zu machen und künftig gute Nachbarschaft mit Österreich-Ungarn zu halten.

Das Verhältnis der Monarchie zu Rußland und Serbien blieb aber andauernd schlecht. Durch eine ausgebehnte panlawistische Propaganda wühlte Rußland unter allen Balkanvölkern und unter den österreichisch-ungarischen Slawen selbst. Threntals fernere Politik konnte nichts weiter tun, als die bewaffnete Auseinandersetzung möglichst lange hinauszuschieben. Österreich-Ungarns Wehrkraft war nicht zureichend, weil die nationalistische Kurzsichtigkeit mancher Nationalitäten notwendige Heeresreformen verschleppte. Die Tschechen traten offen für das „neoslavistische“ Programm des Herrn Kramarz ein, das zwar nicht wie das panlawistische den politischen Anschluß aller Slawenvölker an Rußland erstrebte, wohl aber eine enge kulturelle Gemeinschaft, und das deshalb mit dem der Panlawisten eine für Österreich-Ungarn bedenkliche Strecke Weges zusammenging. Unter den Polen kam die Partei der Allpolen, die eine Vereinigung aller Polen im Rahmen des russischen Reiches für möglich hielt, dem Panlawismus ebenfalls weit entgegen. Serbien aber, das seine Niederlage natürlich nicht vergessen konnte, wurde auch weiterhin noch wirtschaftlich gegen Österreich-Ungarn aufgebracht. Graf Thrental hätte gern die serbischen Bauern durch Zuwendung wirtschaftlicher Vorteile etwas ausgeföhnt. Aber der Egoismus österreichischer und besonders ungarischer Agrarier erzwang eine wirtschaftliche Absperrungspolitik gegen die serbische Landwirtschaft. Freilich hätte wohl auch wirtschaftliches Entgegenkommen nicht viel genützt, da Österreich-Ungarn nun einmal dem politischen Ausdehnungsbedürfnis Serbiens nicht bloß auf eigene, sondern auch auf türkische Kosten entgegenstand. Kurz nach Threntals Tode nahm sich Serbien seinen reichlichen Anteil an der türkischen Beute, und schon im Jahre 1913 mußte Österreich-Ungarn den serbisch-montenegrinischen Ausdehnungsbestrebungen über Albanien mit militärischen Mitteln entgegentreten.

Während so Österreich-Ungarn schon manches Jahr vor dem Kriege den unverbüllten Angriffen der russischen Politik zu begegnen hatte, mußte es in beständiger Sorge sein, im Rücken einen zweiten Angriff durch Italien zu erfahren.

Österreich war nun einmal der alte Erbfeind der Italiener, gegen den die Einigung des Landes in heißen Kämpfen hatte durchgeführt werden müssen. Österreich war ferner auch jetzt noch im Besitze italienisch sprechender Gebiete. Das traf nun zwar auch auf Frankreich zu, ohne daß der sogenannte Irredentismus sich gerührt hätte, der gegen Österreich so leidenschaftlich die Befreiung der geknechteten Brüder verlangte. Frankreich genoß eben die alten Sympathien von Magenta und Solferino. Zudem war das Königreich Italien eine ausgesprochen demokratisch-antiklerikale Gründung und fühlte sich dem gleichfalls demokratisch-antiklerikalen Frankreich innerlich verwandt. Nur wenn einmal Frankreich katholisch regiert wurde, nahm jedesmal in Italien die Hinneigung zu dem als protestantisch geltenden Deutschland zu. In einer solchen Zeit hatten Bismarck und Crispi die Dreibundpolitik angebahnt, und als Italien sah, wie Frankreich seine Hoffnungen auf Tunis zusehender machte, fand es neben dem deutschen auch ein Bündnis mit Österreich-Ungarn annehmbar und vorteilhaft. Freilich ließen die geschichtlichen Vasten wirklich herzliche Beziehungen zwischen der Monarchie und Italien niemals aufkommen. Auch die Unversöhnlichkeit des Vatikans erschwerte für eine ausgesprochen katholische Macht wie Österreich das bundesfreundliche Verhältnis zu Italien ungemein. Konnte doch z. B. der Kaiser Franz Josef den König von Italien niemals in seiner Hauptstadt besuchen, weil er damit den Papst beleidigt hätte. Zu der Zeit, wo Italien uns im Weltkrieg erst im Stich ließ und dann gar auf die Seite unserer Feinde überging, ist es populär geworden, den Wert der Dreibundpolitik als minimal hinzustellen. Gewiß hat die größten Vorteile vom Dreibund Italien gehabt, aber auch Österreich-Ungarn hat doch vor dem Kriege in der Zeit der diplomatischen Abwehr Ahrenthals gegen Rußland eine Erleichterung seiner Lage darin gefunden, daß Italien durch den Dreibund veranlaßt war, sich wenigstens an offenen Angriffen gegen die Monarchie nicht zu beteiligen. An der Befundung gewisser Sympathien mit der russischen Politik konnte Italien freilich nicht gehindert werden. Im Jahre 1909 erlebte man die Zusammenkunft des Zaren mit dem König von Italien in Racconigi. Der Zar war unter ostentativer Umgehung Österreich-Ungarns dahin gereist. Die Gefahr lag nahe, daß Italien in der Balkanpolitik mit Rußland gemeinsame Sache machte. Während der Annektionskrise hatte der italienische Minister Tittoni für den Erwerb Bosniens auf eine Kompensation an Italien angespielt, etwa in Trentino oder am Sonzo. Damit hatte er kein Glück gehabt, und nun gingen die Italiener nach Racconigi. Doch trat wieder eine wesentliche Besserung des Verhältnisses zu Österreich-Ungarn ein, seit im März 1910 der Marquis di San Giuliano die Leitung der auswärtigen Politik Italiens übernahm. Die Rückgabe des Sandschat an die Türkei brachte immerhin den einen Vorteil, daß sie Italien darüber beruhigte, daß ein weiteres Vordringen Österreichs gegen Saloniki hin nicht zu befürchten sei. Die Entscheidung über Marokko, durch die im Jahre 1911 Frankreich die Anerkennung seines Protektorats über dieses Land durch Deutschland erhielt, legte den Italienern die Erwägung nahe, daß es Zeit sei, statt gegen Österreich-Ungarn in Balkanangelegenheiten zu arbeiten, lieber ihren Anteil an Nordafrika in Sicherheit zu bringen. Durch Abkommen in den Jahren 1900 und 1902 hatte nämlich Frankreich den Italienern freie Hand in Tripolitaniem gewährleistet gegen Anerkennung der französischen Vorrechte in Marokko. Jetzt, wo nun Frankreich sein marokkanisches Ziel erreicht hatte, fürchtete Italien, es möchte seine Versprechungen über Tripolis nicht halten. Die Eifersucht Englands und Frankreichs mußte ja jede Macht fürchten, die im Mittelmeer konkurrieren wollte, und Italien hatte eine trübe Erfahrung mit Tunis gemacht. So beschleunigte es den Ausbruch des Tripoliskrieges mit der Türkei und vermied jede weitere Entfremdung der Dreibundgenossen. Österreich-Ungarn und Deutschland kamen durch den struppelosen Angriff Italiens auf bisher türkisches Gebiet in eine sehr peinliche Lage zwischen dem italienischen Verbündeten und dem türkischen Freund, und es gab in Österreich damals Leute, die mit Italien offen brechen und an der Seite der Türkei den falschen Bundesgenossen rasch unschädlich machen wollten,

ehe Rußland zum Schlage gegen die Monarchie ausholte. Hauptwortführer dieser Richtung waren militärische Sachverständige, an ihrer Spitze der Generalstabschef Conrad von Hötzendorf. Graf Thrental widersetzte sich diesem Ansinnen. Er sah voraus, daß eine schwere Niederlage Italiens, selbst wenn sie von den Großmächten der Entente zugelassen worden wäre, diesen Staat erst recht auf die feindliche Seite getrieben hätte, wenn Rußland seinen großen Kampf begann. „Unschädlich“ machen, als Machtfaktor überhaupt vernichten hätte man Italien doch nicht können, noch viel weniger, als es den Serben und Rumänen gelang, Bulgarien durch den zweiten Balkankrieg „unschädlich“ zu machen. Die Gegnerschaft Italiens hat sich Österreich-Ungarn mit seiner bundesfreundlichen Haltung zwar nicht erspart, aber es gelang, seinen Angriff hinauszögern, bis der neue Feind zu spät kam, um den großen Siegeszug gegen die Russen von Gorlice-Tarnow bis Brest-Litowsk irgendwie zu stören. Nach dem Rezept des Freiherrn von Conrad hätte Österreich-Ungarn den italienischen Feind von Anfang an wieder auf dem Halbe gehabt, als der russische Losschlag. Freiherr von Conrad trat am 30. November 1911 zeitweilig von seinem Amte zurück, um dann erst im Weltkriege sein Bestes zum Heile der Monarchie zu tun.

Inzwischen stiegen die Wetterwolken, mit denen die russische Politik Österreich-Ungarn bedrohte, rasch empor. Threntals Nachfolger, Graf Berchtold, konnte sie nicht mehr zerstreuen. In Belgrad wurde der russische Gesandte Hartwig der Mittelpunkt aller aggressiven Bestrebungen. Er stiftete 1912 den Balkanbund gegen die Türkei, aber auch gegen Österreich-Ungarn. Mit Meisterhand verstand es die Diplomatie des Habsburgerreiches nach dem zweiten Balkankrieg Bulgarien sich zu verpflichten, indem sich Österreich-Ungarn als einzige Großmacht für eine Revision des Bukarester Friedens, der Bulgarien vergewaltigte, einsetzte.

So war die diplomatische Abwehr der Donaumonarchie im ganzen sehr geschickt und wirksam, bis endlich die ultima ratio der Kanonen nicht mehr zu umgehen war. Aufgabe der heutigen Staatsmänner ist es nun, mit dem gleichen Geschick einen haltbaren Frieden wieder einzurenken, wie ihn ihre Vorgänger vor dem Kriege in der Mitte zwischen Rußland und Italien so lange wie möglich zu bewahren wußten. Beide Gegner haben heute ihre Lehre bekommen, und es dürfte möglich sein, die Wiederkehr des russischen sowohl wie des italienischen Einflusses auf die Lösung der Balkanfragen bis auf weiteres auszuschalten. Italien wird froh sein, wenn es seine Mittelmeerstellung (Tripolitarien) zu retten vermag. Seinen Einfluß auf Albanien wird Österreich-Ungarn im Einvernehmen mit Griechenland beseitigen können. Die Hauptsache für die Ruhe auf der Balkanhalbinsel ist ohne Zweifel die befriedigende Lösung der serbischen Frage. Österreich-Ungarn verfügt selber über einen starken Anteil am serbischen Volksgebiet, und wenn man die Kroaten und Slowenen einrechnet, leben mehr Serben und Serbenverwandte unter österreichisch-ungarischem Zepter als unter dem der Karageorgewitsch. Daß die Serben nach nationaler Einheit streben, ist nicht weniger berechtigt als der gleiche Anspruch der uns verbündeten Bulgaren. Aber wie die Dinge liegen, ist es viel natürlicher, daß die serbisch-kroatisch-slowenische Masse Österreich-Ungarns die Stammesgenossen des Königreiches Serbien und Montenegro politisch anzieht als umgekehrt, zumal auch die Überlegenheit der kulturellen Leistungen auf der Seite der Untertanen Kaiser Karls ist. Das Ideal des Trialismus, das große Königreich der Südslawen unter habsburgischen Zepter, das wahrscheinlich die panslawistischen Mörder in der Person des Thronolgers Franz Ferdinand hauptsächlich treffen wollten, ist ja einseitig nicht erfüllbar, weil man den Widerspruch der Magyaren gegen die Entlassung Kroatiens und Sloweniens aus dem Verbande der Länder der Stefanskronen noch nicht überwinden kann. Die Zweiteilung des Serbentums zwischen Österreich-Ungarn und einem ihm feindlichen Königreiche darf uns der Friede jedenfalls nicht wieder bescheren, wenn die Serben wirklich Ruhe halten sollen. Entschließt man sich, die Königreiche Serbien und Montenegro wieder herzustellen, so müssen sie durch festes Bundesverhältnis dauernd mit Österreich-Ungarn verknüpft werden. Das

Serbentum hat Anspruch wenigstens auf gewisse Grundlagen seiner Einheit. Verschafft ihm Osterreich-Ungarn diese nicht, so wird es sie sich immer wieder außerhalb suchen. Die Anbahnung einer österreichisch-ungarischen Lösung der serbischen Einheitsfrage ist für die Ruhe Europas und die geographisch-wirtschaftliche Geschlossenheit der Monarchie zwischen dem russischen und dem italienischen Expansionsfeld wichtiger, als die Anbahnung einer österreichischen Lösung der polnischen Einheitsfrage, die nun einmal im Deutschen Reiche auf starke Bedenken stößt.



Der Frankfurter Friede und die französischen Sozialisten

Von Geh. Justizrat Professor Dr. Th. Niemejer



In Paris hat der Nationalrat der französischen Sozialisten am 18. Februar 1918 die folgende, später auch von der Londoner Sozialistenkonferenz angenommene, Erklärung beschlossen:

„Die Konferenz erklärt, daß das elsäß-lothringische Problem nicht eine territoriale Frage, sondern eine Frage des Rechtes und somit ein internationales Problem ist, ohne dessen Lösung der Friedensschluß Gefahr laufen würde weder gerecht noch dauerhaft zu sein. Der neue Vertrag von Paris (sic) wird über die aus brutaler Eroberung und Vergewaltigung der Bevölkerung hervorgegangene Pründe Nichtigkeit verhängen „frappera de nullité“ durch die Feststellung, daß Deutschland selbst, durch seine Kriegserklärung 1914, die Wirkungen des Frankfurter Friedens aufgehoben hat („a rompu les effets du traité de Francfort“). Auf Grund dieser Feststellung wird dann Frankreich in der Lage sein, auf eine neue Befragung der elsäßischen Bevölkerung einzugehen.“

Das hier unternommene Kunststück, die bindende Kraft des Frankfurter Vertrages zwar an sich anzuerkennen, seine Verbindlichkeit für Gegenwart und Zukunft aber zu leugnen, beruht auf einem leicht zu durchschauenden Taschenspielergriff, der einer ernsthaften Erörterung nicht bedürftig und nicht würdig erscheinen könnte. Aber wir erleben im Weltkriege unaufhörlich, daß es keine Phrasen und keine Widersinnigkeiten gibt, welche nicht Kredit fänden, wenn sie nur dreist verkündet und nach jener Methode propagiert werden, welche man jetzt in England durch die Schaffung besonderer Ministerposten krönt. Darum ist es doch vielleicht nicht ohne Nutzen, wenn die in dem sozialistischen Februarbeschluß verkündete, von einer gefälligen Presse auch im neutralen Auslande bereits verbreitete Theorie von der nachträglichen Nichtigkeit des Frankfurter Vertrages niedriger gehängt und in ihrer völkerrechtlichen Tragweite verdeutlicht wird.

Die Sozialisten in Paris und London haben sich entschlossen, den Frankfurter Frieden an und für sich gelten zu lassen. Sie besitzen genug Klugheit, um einzusehen, daß man Friedensschlüsse nicht mit der *exceptio quod metus causa* ansfechten kann. Sie haben an und für sich anscheinend auch Verständnis dafür, daß das Wesen der Friedensschlüsse darin besteht, die im Widerspiel der Gewalten vom Schicksal getroffene Entscheidung anzuerkennen und auf der Grundlage des tatsächlichen Endergebnisses des Kampfes das Verhältnis der am Krieg beteiligten Staaten neu und fest zu ordnen. Man scheint auch grundsätzlich nicht verkennen